

2217/AB XXII. GP

Eingelangt am 21.12.2004

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Anfragebeantwortung

GZ 10.000/171-III/4a/04

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol
Parlament
1017 Wien

Wien, 21. Dezember 2004

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2253/J-NR/2004 betreffend Integrative Berufsausbildung, die die Abgeordneten Mag. Christine Lapp, Kolleginnen und Kollegen am 9. November 2004 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Ad 1., 2., 3., 4. und 5.:

Die Informationskampagne „Lehre ohne Barriere“ wurde gemeinsam vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit sowie vom Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen initiiert, um Unternehmen dazu zu motivieren, jungen Menschen mit Behinderungen eine berufliche Ausbildungsmöglichkeit im Rahmen der integrativen Berufsausbildung anzubieten.

Fragen zur Organisation und Durchführung dieser Kampagne können deshalb nur vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und vom Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz beantwortet werden.

Ad 6. und 7.:

Laut Erhebungen der Lehrlingsstellen bestanden mit 30. November 2004 insgesamt 1.275 Ausbildungsverhältnisse in der Integrativen Berufsausbildung, davon 503 in Unternehmen und 772 in selbstständigen Ausbildungseinrichtungen. Für das Schuljahr 2004/05 bekamen 775 Jugendliche einen Ausbildungsvertrag im Rahmen der Integrativen Berufsausbildung (Stand Ende November 2004).

Ad 8.:

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird, soweit es den Teil der Berufsschulen betrifft, das zuständige Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit bei der Durchführung der Evaluierung zur Integrativen Berufsausbildung bestmöglich unterstützen. Die Umsetzung der Integrativen Berufsausbildung an Berufsschulen ist fixer Bestandteil der Fachtagungen der zuständigen Schulaufsichtsbeamten (Landesschulinspektoren für Berufsschulen), um eine qualitative Umsetzung zu gewährleisten.

Die Bundesministerin:

GEHRER eh.